

Ost- und West-Berlin vor dem Mauerbau

Der folgende Beitrag thematisiert die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung im geteilten Berlin in der Zeit von 1948 bis zum Mauerbau vorrangig unter dem Aspekt der Systemkonkurrenz. Trug sie, wie es die These des Verfassers ist, in Alltag und Kultur mehr zum Erhalt als zur Auflösung von traditionellen Berliner Verflechtungen bei?

1.

Mit der Berlinkrise 1948/49, die wesentlich zur politisch-administrativen Teilung der alliierten Sektorenstadt führte, entwickelte sie sich zu einem Brennpunkt des Kalten Krieges. Diese Spaltung nötigte der Stadt eine alle Bereiche der Politik und des gesellschaftlichen Lebens erfassende Systemkonkurrenz auf, die beide Seiten grundsätzlich konfrontativ, aber auch in Gestalt eines nicht antagonistischen Wettbewerbs sowie in Mischungen dieser Grundformen führten. Als generelles Ziel formulierten beide Berliner Konfliktparteien die Wiederherstellung der politischen Einheit Berlins (und Deutschlands) – freilich zu den jeweils eigenen Bedingungen. Damit faktisch gleichrangig rangierte die Einbindung ihrer Sektoren in ihre deutschen und internationalen Präferenzsysteme. Das galt den gegensätzlichen politischen Eliten als „Wert an sich“, als die wichtigste Voraussetzung für jede Wiedervereinigung, aber auch als Basis der Systemkonkurrenz.¹

2.

Die politisch Verantwortlichen sahen, wie die Mehrzahl der Berliner und Deutschen, in der geteilten Metropole die traditionelle, ihre Position nur vorübergehend verlustig gegangene deutsche Hauptstadt, die sie bald wieder sein würde. Während im Westen von der „Hauptstadt im Wartestand“ die Rede war, bezeichnete sie der Osten bis Mitte der 50er Jahre als Hauptstadt ganz Deutschlands und der DDR, danach ausschließlich als „Hauptstadt der DDR“. Diese Sichten setzten, mit Ausnahme der SED-Hauptstadtkonzeption nach 1955, die Einheit Berlins voraus. Beide konkurrierenden Seiten beabsichtigten, sie durch die Übertragung ihres Gesellschafts-

1 Vgl. Michael Lemke: Vor der Mauer, Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961, Köln, Weimar, Wien 2011, S. 2.

modells, das von der eigenen Überlegenheit ausging, auf den jeweils anderen Teil der Stadt zu erreichen. So zielten die Vorstellungen über die Wiedervereinigung Berlins beiderseits auf radikale Systemtransformation und politischen „Anschluss“. Dabei war 1948/49 noch nicht hinlänglich klar, ob und wie sich die parlamentarische Demokratie oder aber die kommunistischen Kräfte in Berlin durchsetzen würden. Die Entscheidung darüber lag weitgehend im Wirtschaftlichen und Sozialen, in den Problemen Lebensstandard, soziales Wachstum und politische Zufriedenheit. Doch während der Westen sie und letztendlich Stabilität vorrangig durch die soziale Marktwirtschaft zu erreichen suchte, appellierte der Osten, ohne diese materiellen Bedingungen leugnen zu wollen, an eine Art „höherer Vernunft“, sie insbesondere über das Bewusstsein in die gestaltende Kraft der sozialistischen Planwirtschaft zu erreichen. In allem schimmerte beiderseits die banale wie richtige Erkenntnis durch, dass jede der beiden Konkurrenzordnungen mit ihren Berliner „Schaufenstern“ so attraktiv werden müsse, dass sie die Menschen der jeweils anderen Gesellschaft unwiderstehlich anzogen. Der auch historisch begründete beiderseitige „Alleinvertretungsanspruch“ stellte politisch zunächst eine Ableitung diesbezüglicher Dogmen der beiden deutschen Staaten dar, entwickelte aber angesichts der besonderen Lage der „offenen“ Stadt Besonderheiten. So verweigerte der Senat der SED-Herrschaft zwar jegliche staatliche Anerkennung und damit offizielle Kontakte, stellte sie aber im Fall einer Liberalisierung der ostsektoralen Verhältnisse differenziert in Aussicht. Die östliche Seite versuchte das Verweigerungsdogma vor allem durch eine Politik der Gesprächsangebote auszuhebeln, ohne ihre Herrschaftspraxen auch nur partiell in Frage stellen zu wollen und setzte dabei auf kontrollierte, propagandistisch und politisch, aber auch wirtschaftlich verwertbare Kontakte. Demgegenüber benahm sich der konsequente, aber starre Kurs des Senats der West-Berliner Politik die Möglichkeit, östliche Vorschläge auszuloten und die Verständigungsdemagogie der SED zu entlarven.

3.

Doch folgte der politischen Abgrenzung nicht immer und nicht immer gleichzeitig ein Abbau von Verflechtungsbeziehungen. Und auch in der politischen Entwicklung gab es Phasen der Beruhigung, die bei vielen Berlinern die Hoffnung auf eine Wende zum Besseren immer wieder entstehen ließ. Das zumindest zeitweilige Desinteresse der SED an einer forcierten Beendigung innerstädtischer Beziehungen resultierte über das Jahr 1955 hinausgehend u.a. aus gesamtdeutschen propagandistischen Zielen und ihrem Anspruch auf das ganze Berlin. Rücksichten auf die Stimmung der Bevölkerung und eine zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage notwendige Glaubwürdigkeit von Überlegenheitskonzepten der SED bremsten den Berliner Teilungsprozess in Abstimmung mit der konkreten Situation ab, die immer auch sowjetische Interessen mitbestimmten. Demgegenüber nahm auch der prinzipiell auf den Erhalt Gesamtberliner Gemeinsamkeiten orientierende Senat Rücksicht auf die Stimmungslagen seiner Bürger, die häufig mehr gesamtstädtisches Handeln anmahnten. Beide Gesamtberliner Konzepte richteten sich faktisch auf die Infiltration und letztendlich Beseitigung des jeweiligen Konkurrenzsystems

durch differenzierte Methoden, die Formen des verdeckten Kampfes eingeschlossen. Die politischen Hauptzielgruppen der kommunistischen gesamtstädtischen Arbeit bildeten die von der SED als Feind und gleichzeitig als potentieller Bündnispartner behandelte Berliner Sozialdemokratie sowie das weit gefächerte westsektorale Bürgertum, während sie in den Arbeitslosen und anderen sozial Unterprivilegierten eine politische Hilfskraft für die Auseinandersetzungen im sozioökonomischen Alltag und auf der „Straße“ sah.

Während die ideologisch geprägte Politik der gesamtstädtisch organisierten SED in eine Sinn- und methodische Krise geriet, die sie trotz der partiellen Flexibilität jüngerer Funktionäre und Reformansätzen nicht zu überwinden vermochte, gewann die konkurrenzorientierte Tätigkeit des Senats nach erheblichen Schwierigkeiten an Kraft. Sein Gesamtberliner Büro entwickelte sich in den 50er Jahren zu einem zentralen Gremium der Kooperation von verschiedensten Organisationen und Aktivitäten, zum kompetenten Berater der politischen Entscheidungsträger und konzeptionellen Vordenker wie zur wirksamen Hilfsorganisation und „Klagemauer“ für Ost-Berliner. Demgegenüber beabsichtigten die gesamtstädtisch organisierten Kirchen beide Teile Berlins mit ihren Mitteln zu verklammern und den Kontrahenten, welche die Religionsgemeinschaften in die Systemauseinandersetzung hineinzuziehen versuchten, Brücken zu bauen.²

4.

Emotional wenig aufgeladen verlief die infrastrukturelle Spaltung Berlins 1948/49, betrachteten sie doch auch viele städtische Bedienstete als nicht endgültig. Die Teilung der städtischen Bürokratie widerspiegelte die rationale Idee eines politischen Elitenaustauschs bei weitgehender Wahrung der administrativen Funktionsfähigkeit der Stadt sowie der Interessen der Betroffenen. Zwar wurde dieser Austausch beiderseits von den Parolen des Kalten Krieges, gegenseitigen Schuldzuweisungen und demokratischen Phrasen begleitet. Er erwies sich jedoch insgesamt als ein einvernehmlicher und organisierter Prozess, der sich bei allen sozialen und beruflichen Konsequenzen im Einzelnen nach dem Grundsatz regelte, dass die Berliner Magistratsangestellten in den Teil der Stadt überwechselten, in denen sie ihre politische Heimat sahen. Beide Seiten schufen sich parallel zueinander zuverlässige Konkurrenzbürokratien, die ebenfalls zu einer Aufblähung des Berliner Verwaltungsapparates mit Zukunftsfolgen beitrugen – zuvorderst für die Zeit nach dem Mauerfall. Schwieriger, aber in der Regel ebenfalls nicht dramatisch, gestalteten sich die Trennungen im Verkehrs- und technischen Versorgungswesen. Beide Seiten wollten dadurch die Abhängigkeit ihres Teiles Berlins vom jeweils anderen sowie Störanfälligkeiten minimieren und Erpressungsversuchen vorbeugen, wie sie West-Berlin 1948 erlebt hatte und bei einer neuen Krise befürchtete. Andererseits mussten die Verantwortlichen im Sinne der Lebensfähigkeit beider Stadthälften Infrastrukturen erhalten, solange keine separaten zur Verfügung standen oder sich Ersatzlösungen aus pragmatischen Gründen verboten: Doch plante die sowjetische Besatzungsmacht bereits 1950 eine generelle Trennung der gesamtstädtischen

2 Vgl. ebenda, S.86-123.

Verkehrs- sowie technischen Versorgungssysteme und erließ entsprechende Direktiven an die SED und den Magistrat. Sie bereiteten wichtige Maßnahmen, etwa bei der U-Bahn und bei der Strom- und Wasserversorgung, diskret vor, setzten jedoch nur einige von ihnen bei der Zuspitzung der politischen Lage (1952/53) um. Demgegenüber entstanden auf beiden Seiten bis 1955/56 unabhängig voneinander Konzepte für gesamtstädtische technische Regelungen, die der Osten auf Regierungsebene zu treffen gedachte, der Senat aber definitiv ausschloss. Inoffizielle technische Kontakte zogen sich zwar in die Länge, erbrachten aber im Ganzen praktikable Ergebnisse. „Normalitätsprobleme“ im Ver- und Entsorgungsbereich ließen sich in dem Maße vernünftig klären, wie sie wirtschaftlicher Struktur waren und insbesondere die SED in ihrer Lösung finanzielle Vorteile sah. Insgesamt nahmen die administrativ-technischen Gespräche, aber auch Formen einer von Konkurrenzmentalitäten relativ freien Kooperation bei der Polizei, im Rechtswesen und bei der Amtshilfe, keinen großen Raum ein, trugen aber bedingt zur Verhinderung einer totalen Abgrenzung im geteilten Berliner Verwaltungsbereich bei.³

Aus politischen und ideologischen Gründen blieben im Untersuchungszeitraum verschiedene Chancen für eine Entkrampfung des Dauerkonflikts ungenutzt. „Guter Wille“ beschränkte sich auf symbolische Gesten, so sie überdies für Propaganda und plakative Selbstdarstellungen geeignet schienen. Demgegenüber spitzte sich nach 1950 der allgemeine politische Kampf, zeitweilig unter dem Einfluss des Koreakrieges, zu. Er fand beredten Ausdruck im Ringen der Politik in beiden Teilen Berlins um die Jugend. SED und FDJ veranstalteten in Ost-Berlin zwei Deutschlandtreffen und (1951) die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. In hohem Maße gelang es dem Senat im Zusammenspiel mit staatstragenden Parteien, gesellschaftlichen Institutionen und antikommunistischen Organisationen die Ost-Berliner Jugendschauen durch ein „Kaffee- und Kuchen“-Konzept sowie attraktive kulturelle Angebote „umzudrehen“ und in West-Berlin „Gegenspiele“ zu veranstalten.⁴ Doch lernten die Ost-Berliner Verantwortlichen insofern aus dem Desaster, als sie in den folgenden Jahren mit jugendpolitischen Offerten dazu beitrugen, dass sich die von westlichen Konsumangeboten getragene „Schaufenster“-Politik bei der ostdeutschen Jugend allmählich abnutzte. Das wiederum zwang den West-Berliner Widerpart zur Suche nach differenzierteren Beeinflussungsmethoden.

5.

Vor dem Hintergrund der internationalen Auseinandersetzung um die deutsche Frage sowie der krisenhaften Entwicklung in der DDR setzte im Frühjahr 1952 eine Zuspitzung des Berliner Systemkonflikts ein. Als die Regierung der DDR und der Magistrat in Absprache mit der UdSSR im Mai 1952, als Gegenmaßnahme zur Westintegration der Bundesrepublik, „Schutzmaß-

3 Vgl. ebenda, S. 67-83 und Gerhard Kunze: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR, Berlin 1999, S. 17.

4 Vgl. Michael Lemke: Die „Gegenspiele“. Weltjugendfestival und FDJ-Deutschlandtreffen in der Systemkonkurrenz 1950-1954, in: Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR in Europa - zwischen Isolation und Öffnung, Münster 2006, S. 452-505.

nahmen“ beschlossen, die auf Sperrmaßnahmen und Restriktionen gegen die West-Berliner hinausliefen, verkündete der Senat wirksame Gegenmaßnahmen. Lautstark angekündigt, beruhigten die Absichtserklärungen zwar die eigenen Bürger, offenbarten aber die tatsächliche Hilflosigkeit des Senats, dem wirksame Gegenaktionen politisch sowie rechtlich verwehrt blieben. In der westsektoralen Öffentlichkeit setzte eine durch die Medien getragene propagandistische Offensive gegen die SED ein, die dieser gerade recht kam, um ihre Abgrenzungspolitik zu intensivieren und neue Scheinangebote an die West-Berliner zu richten. Neue Übergriffe Ost-Berlins, die in spektakulären Entführungsfällen gipfelten, sowie andererseits der verstärkte West-Berliner Einsatz von Polizeigewalt gegen die von der SED in den Westsektoren organisierten Demonstrationen u.a.m. eskalierten die Innerberliner Spannungen.⁵

Sie zeigten sich besonders im Umfeld des DDR-Volksaufstandes am 17. Juni 1953. Weder von West-Berlin aus vorbereitet noch gesteuert, trugen dessen funktionierenden Informationsstränge⁶ zur schnellen Publizität des Ereignisses, seines Verlaufs und letztendlich seiner unmittelbaren Wirkung bei. Die West-Berliner Teil- und Anteilnahme unterstrich den Gesamtberliner Charakter des revolutionären Versuchs als einen Akt der Solidarität. Die spontane Teilnahme von zumeist jugendlichen West-Berlinern trug zur Gesamtberliner Eigendynamik des Aufstandes bei. In der politischen Konkurrenz erlitten SED und Magistrat am 17. Juni ein Desaster ebenfalls dadurch, dass ihr Gründungskonzept von 1948, den Ostteil zum Gesamtberliner Modell und Vorbild zu gestalten, perdu war und sich bislang noch politisch Unschlüssige im Westteil vom östlichen Alternativangebot definitiv abkehrten. Angesichts sowjetischer Panzer erhielt die „Politik der Stärke“ in den Westsektoren eine gewisse Volkstümlichkeit, und es verfestigte sich der Alleinvertretungsanspruch des Senats, der nunmehr alle Gesprächsofferten des Magistrats mit dem Verweis auf den „Volksentscheid“ vom 17. Juni 1953 und der sich anschließenden westlichen Lebensmittelhilfsaktion für Ostdeutsche zurückweisen konnte. Die politische Systemkonkurrenz erhielt Anfang 1954 einen weiteren konfrontativen Impuls, als die SED anlässlich der alliierten Berliner Außenministerkonferenz „Friedens“-Kampagnen initiierte, aber es dem Senat und seinen Verbündeten gelang, sie für antikommunistische Gegenaktionen zu nutzen, insbesondere für oppositionelles Handeln im Ostteil der Stadt. Daraus gingen jedoch dort keine dauerhaften Strukturen widerständigen Verhaltens hervor.

6.

Die Zeit von Anfang 1955 bis Ende 1958 stand im geteilten Berlin im Zeichen der politischen Auseinandersetzung um den Anspruch der DDR auf Berlin als Hauptstadt der DDR, den die SED im Kontext der im Juli 1955 verkündeten sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie definitiv erhob. Die Berliner Konkurrenten lieferten sich in dieser Frage wahre Propagandaschlachten, verhielten sich allerdings in der praktischen Berlinpolitik so, dass die internationale Öffentlichkeit

⁵ Vgl. Lemke, Vor der Mauer, S. 175-185.

⁶ Vgl. beispielsweise zur Rias-Problematik: Egon Bahr: Zu meiner Zeit, München 1996, S. 75-84.

von einer Beruhigung der Lage sprach. Als die zweite Berlin-Krise 1958 mit dem Chruschtschow-Ultimatum einsetzte, konnte weder von einem auffälligen Verhalten West-Berlins noch von einer politischen und wirtschaftlichen Konfliktsituation in der DDR und Ost-Berlin die Rede sein. In den „Normaljahren“ 1958/1959 zeigten sich dort im Gegenteil Tendenzen einer relativen Stabilisierung. Dass die realsozialistische Systemkrise in Lebensmittelengpässen ihren Anfang nahm und zunächst eine Versorgungskrise sein würde, deutete sich im politisch sensiblen Ostsektor frühzeitig an. Das West-Berliner „Schaufenster“ geriet zum erstrangigen Krisenkatalysator, als ab 1960 interne Ursachen, zuvorderst die Verschlechterung der Sozialverhältnisse im Osten, mit dem rapid ansteigenden Lebensstandard und Konsumniveau auf der anderen Seite eine Symbiose eingingen.

Das zeigte sich auch in der erheblichen Resonanz von Berichten und Kommentaren West-Berliner Medien bei den vom Realsozialismus enttäuschten, aber diskutierfreudigen Ost-Berlinern. Viele von ihnen fühlten sich in der Krisensituation dazu aufgefordert, sich dem Westteil der Stadt zuzuwenden – in erster Linie, um sich dort mit Waren zu versorgen. Im Alltag wies ein intensiverer Gesamtberliner Dialog auf die Solidarität vieler West- mit den Ost-Berlinern hin,⁷ wenngleich sich westliche Wohlstandsüberheblichkeit an der sie kritisierenden östlichen Wahrnehmung stärker zu reiben begann. Jedoch bestimmten deutlich wirtschaftliche und soziale Einflüsse West-Berlins den Krisenverlauf im Osten mit. Durch die Kombination des Primärproblems Republikflucht mit dem Anwachsen der Grenzgängerei nach West-Berlin⁸ sowie der östlichen Binnenfluktuation verschärfte sich das Arbeitskräfteproblem. Der planmäßige Ausbau des Ostsektors zur DDR-Metropole verlieh der massenhaften Abwanderung von Arbeitskräften in den Westen besondere Brisanz. In Ost-Berlin entstand, parallel dazu aber auch in West-Berlin, das sich in einer Phase der Hochkonjunktur befand, eine immense Nachfrage nach Arbeitskräften. Zwar warben sie weder der Senat noch irgendwelche antikommunistische Organisationen in einer Art Verschwörung gegen den sozialistischen Aufbau ab, doch „Abwerbung“ betrieben viele private West-Berliner Unternehmen, die mit besserer Entlohnung und sozialen Präferenzen lockten. Dem „siamesischen Zwilling“ Krise und Republikflucht wurden SED und DDR-Staat nicht mehr Herr. Ihr Krisenmanagement versagte. Die Republikflucht wurde angesichts der krisenhaften inneren und internationalen Zuspitzungen und der damit verbundenen „Torschlusspanik“ – anders als im Kontext des Volksaufstandes – für die SED zur unmittelbaren Überlebensfrage. Obwohl die konkrete Situation in Vielem anders war als im Umfeld des 17. Juni 1953, ähnelte sie ihr doch in wichtigen Merkmalen. Wirtschaftliche und soziale Funktionen des Staates stellten sich – auch eigendynamisch – zunehmend in Frage, und das Repressionssystem der Diktatur verlor an Wirkung. Seit dem Spätherbst 1960 nahmen SED und Staatsorgane die Gefahr neuer Unruhen differenziert wahr, relativ unabhängig davon, inwiefern diese Beunruhigung Substanz besaß. Als gesichert kann die Tendenz zur Auflösung der traditionellen

7 Vgl. Lemke, Vor dem Mauerbau, S. 239-241.

8 Vgl. Frank Roggenbuch: Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 107, Berlin/New York 2008, S. 336-386.

Arbeitsdisziplin, zur politischen wie mentalen Maximierung der Unzufriedenheit sowie zu einer beginnenden Radikalisierung (u.a. Arbeitsverweigerungen, begrenzte Streiks und Protestkundgebungen) breiter Ost-Berliner Bevölkerungskreise gelten. Insgesamt bestätigte sich, dass die System- und Mauerkrise in Ost-Berlin nicht ein nur auf diesen Teil der Stadt begrenztes, sondern ein Gesamtberliner Phänomen war.

7.

Nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und den umfangreichen Reparationen an die Sowjetunion bedeutete die Spaltung für das sozioökonomisch geschwächte Berlin einen empfindlichen Eingriff in gewachsene Reproduktionssysteme. Das traf das „verinselte“ West-Berlin besonders hart,⁹ weil es seine traditionellen Bezugsquellen für die industrielle Produktion, aber auch die Absatzmärkte im Osten weitgehend verlor sowie gegenüber der westlichen Konkurrenz erhebliche Standortnachteile in Kauf nehmen musste. Dem gegenüber verfügte der in die DDR-Planwirtschaft eingebettete Ostteil der Stadt über ein seine wirtschaftliche Existenz prinzipiell sicherndes Hinterland, und es konnte dadurch den Verlust der Vernetzungen mit West-Berlin wesentlich kompensieren. Während es die Konzeption der SED war, unter Veränderung der Ost-Berliner Eigentums- und Produktionsstrukturen den Anschluss an das ostdeutsche Planwirtschaftssystem möglichst schnell und umfassend zu realisieren, setzte das konkurrierende Konzept des Westsektors auf ein von den Westmächten und der Bundesrepublik finanziell gestütztes Wiederaufbau- und Investitionsprogramm, das ihm ermöglichte, sich wirtschaftlich und sozial allmählich stärker aus eigener Kraft zu entwickeln. Mit dem Kernproblem, der Schaffung von Arbeitsplätzen, die auch durch den Wegfall der Hauptstadtfunktion Berlins verloren gingen, verband sich der wirtschaftliche mit dem sozialen Lösungsansatz: Da ein erheblicher Zuwachs an industriellen Arbeitsplätzen zunächst nicht zu erwarten war, ging die Planung von ihrer Schaffung im Dienstleistungsbereich, bei diversen Verwaltungen und durch die Aufstockung des Kultursektors aus. Die West-Berliner Arbeitslosigkeit betrachteten beide Berliner Konkurrenten als Schlüsselfrage der inneren Stabilität und des Systemwettbewerbs. Da es in den ersten Jahren nach 1949 im Ostteil einen Überhang an Arbeitskräften gab, erschien der SED und dem Ostmagistrat die Tolerierung der Ost-Berliner Grenzgängerei nach West-Berlin und die Republikflucht als probate Möglichkeit, dort die Arbeitsplatzsituation weiter zu verschlechtern. Weil der Konkurrent aus rechtlichen und politischen Gründen über keine effektiven Mittel zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms verfügte und so Abschiebe- und Entlastungspläne Makulatur blieben, reagierte er auch deshalb nervös, weil die SED im Heer der West-Berliner Arbeitslosen ein Potential von Unzufriedenheit sah, das sie in der Auseinandersetzung massiv, dann allerdings mit wenig Erfolg, zu instrumentalisieren versuchte. In ihre Linie, West-Berlin sozioökonomisch zu schädigen, passten sich verschiedene Maßnahmen ein. Demgegenüber nutzte auch dessen Führung ihre Möglichkeiten, der SED – direkt oder indirekt – wirtschaftliche

9 Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2000, S. 97-103.

Blessuren zuzufügen. Das geschah beispielsweise durch Handelsverbote und die rücksichtslose Ausnutzung von Währungsvorteilen, nicht zuletzt durch den umstrittenen Wechselkurs West- zu Ostmark. Als einmaliges Phänomen im europäischen Systemwettbewerb wurde er zum besonderen Ausdruck der Leistungskraft der Ordnungen und zum Schnittpunkt von politischer und wirtschaftlicher Konkurrenz, die er erheblich antrieb. In Vielem ambivalent („Schwindelkurs“), trug er als Vorraussetzung und Vermittlungsinstanz für den individuellen Kleinhandel zwischen beiden Teilen der Stadt zur Verflechtung der Berliner Gesellschaften „von unten“ bei. Ein wichtiges Kriterium für den Verlauf und die Wirksamkeit des Innerberliner Wettbewerbs stellten die Löhne und Preise dar, die von den Berlinern aufmerksam beobachtet und permanent verglichen wurden. Angesichts dessen entwickelten SED und Magistrat ein Argumentationschema, das sich sowohl auf generelle Überlegenheitsrhetorik und Behauptungen vom höheren Lebensstandard Ost-Berlins stützte als auch die Möglichkeit bot, soziale Leistungen in die Nominallohne und in die relativ willkürlich gebildeten Ost-Berliner Preise „hineinzurechnen“. Dienstleistungen und Waren des Grundbedarfs subventionierte der Staat erheblich, während er bestimmte industrielle und andere Erzeugnisse aus vorrangig wirtschaftlichen und handelspolitischen Gründen verteuerte. Da es bis zur Aufhebung des DDR-Rationierungssystems 1958 niedrige Karten- und hohe freie Preise (HO-Preise) gab, konkurrierten sie in gewisser Weise miteinander. Das war angesichts des allgemeinen Angebotsmangels jedoch ein Zwangswettbewerb, den die gelenkte Preispolitik noch zusätzlich verzerrte. Bei Löhnen und Preisen blieb Ost-Berlin seit 1949 hinter West-Berlin zurück. Das schlug in der Regel unmittelbar auf den Systemwettbewerb „vor Ort“ und dessen Wahrnehmungen durch.¹⁰ In West-Berlin bildeten sich Löhne und Preise nach den Spielregeln der Marktwirtschaft, die Löhne allerdings stark unter dem Einfluss ihrer sozialen Komponente, die nur in Ausnahmefällen vom Senat gestützten Preise nach Angebot und Nachfrage. Beiderseitige Preissenkungen und Preiserhöhungen nutzten die Konkurrenten zur Abstützung ihrer Überlegenheitsargumente. Kamen sie von der SED, belächelten sie die meisten Berliner zunehmend als „Zweckpropaganda“. Sozioökonomische Konkurrenz „pur“ verkörperten die Grenzgänger sowohl von Ost nach West als auch in umgekehrter Richtung. Das Problem besaß freilich auch politische und ideologische Aspekte, auch, was die mit der Grenzgängerei befasste West-Berliner Lohnausgleichskasse betraf, die sowohl gegensätzliche als aber auch übereinstimmende Interessen der Konkurrenten sowie exogene Faktoren beeinflussten. Die SED tolerierte das Phänomen West-Grenzgänger, solange es die Ost-Berliner Arbeitskräftesituation nicht spürbar belastete, ging dann aber, als das der Fall war, mit administrativen und sozialpolitischen, insbesondere aber ideologischen Maßnahmen gegen sie vor, verfehlte aber ihr Ziel.¹¹ Das ab 1960 anschwellende Grenzgängertum stellte in der Systemkonkurrenz einen wichtigen wirtschaftlich-sozialen Faktor dar, das die Berliner Verflechtungsgesellschaft auch kulturell mitprägte und zum Erhalt der Gesamtberliner Identität beitrug.

10 Vgl. Lemke, Vor dem Mauerbau, S. 290-311.

11 Vgl. Roggenbuch, Das Berliner Grenzgängerproblem, S. 371-386.

Wechselbeziehungen bestimmten die Gesamtberliner Arbeits- und Lebenswelt mit. Häufig trugen die intersektoralen Kontakte sowie das teilweise solidarische Handeln von Arbeitern und Gewerkschaftlern zumindest indirekt zu sozialen Verbesserungen, insbesondere in Ost-Berlin, bei. Dessen politische Führung musste ertragen, dass auch von ihr organisierte Solidaritätskampagnen u.a. für West-Berliner Streikende unangenehme Rückwirkungen auf die Forderungen der eigenen „Werkstätigen“ besaßen. Das betraf z.B. Löhne und Gehälter, Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen sowie die Humanisierung der unmittelbaren Produktionsbedingungen. Aber auch zu anderen sozialen Problemen – Renten, Kinderbetreuung, Mutterschutz. – gab es einen unterschiedlich intensiven Austausch.¹²

8.

Bis zum Beginn der ostdeutschen Krise Mitte 1952 konnten es sich Parteiführung und Magistrat noch leisten, den für sie ökonomisch ungünstigen Erwerb von Lebensmitteln und Dienstleistungen durch West-Berliner im Ostteil der Stadt aus vorrangig ideologischen Gründen zu fördern bzw. zu tolerieren. Viele West-Berliner kauften auf der Basis des für sie günstigen Wechselkurses dort massenweise, häufig auch subventionierte, Lebensmittel ein und nahmen die preiswerten östlichen Dienstleistungen in Anspruch. Das führte zu einer von der SED mit Genugtuung registrierten Abwehrpolitik des Senats, der im Abfluss von Kaufkraft und in Produktionsrückgängen sowie in den „Pleiten“ von Gewerbetreibenden eine ernste Bedrohung seiner Wirtschaft und Sozialpolitik sah, vor allem aber die Gefährdung weiterer Arbeitsplätze. Zwar drohte er allen „Ostkäufern“ mit Sanktionen, ging teilweise gegen solche im öffentlichen Dienst vor und entfachte aufwändige ideologische Kampagnen („Herr Schimpf und Frau Schande“), sah sich aber nicht in der Lage, Repressionen rechtlich abzusichern oder auch nur wirksame Kontrollen durchzuführen. Seine Verärgerung richtete sich besonders gegen ostsektorales Dumping. So versuchte der sozialistische Handel, eigene Billigwaren gegen „Schleuderpreise“ in Westmark zu verkaufen; doch in der Regel handelte es sich um individuell per Wechselkurs erworbene DDR-Produkte, denen die westliche Konkurrenz preislich nicht standhielt. Hier erregte sich der Senat über Mechanismen, zu deren Vätern er gehörte und faktisch über das kapitalistische Prinzip der Preisbildung. Letztendlich half ihm die SED, als sie den West-Berlinern aus wirtschaftlichen Gründen ab 1952 verbot, in Ost-Berlin einzukaufen. Allerdings wurde ihren repressiven Maßnahmen und ideologisch-moralischen Kampagnen („Schieber und Spekulanten“), aber auch den Kontrollen von Polizei und gesellschaftlichen Organen, ebenso wenig Erfolg zuteil, wie zuvor dem Senat in der Frage von Osteinkäufen seiner Bürger. Überdies entstand so etwas wie eine Einkaufssolidarität von Ost-Berlinern, die illegal Waren und Dienstleistungen für West-Berliner besorgten. Parallel dazu kauften, ebenfalls über den Wechselkursmechanismus, Ost-Berliner zunehmend West-Berliner Produkte, die sie in ihrem Sektor nicht oder nur in schlechterer Qualität erhielten. Damit gelang ein erheblicher Teil des anwachsenden

12 Vgl. Lemke, Vor dem Mauerbau, S. 339-346.

Ost-Berliner Kaufkraftüberhangs in die Kassen des West-Berliner Handels. Einerseits sah die SED den Abfluss von Ostmark mit Unbehagen, blieben doch auch dadurch eigene Erzeugnisse in den Lagern des sozialistischen Handels liegen und behinderten den internen Reproduktionskreislauf. Andererseits versorgte die West-Berliner Konkurrenz den Ostkäufer – auch Kleinproduzenten und einige VEB-Betriebe – mit Mangelwaren und half so, die Ost-Berliner Versorgungslage und damit verbundene Konflikte zu entspannen. Auch insofern besaß das Konsumproblem Gesamtberliner Ausmaße. Während der offiziöse Warenaustausch trotz der Belebungsversuche der an Deviseneinnahmen interessierten östlichen Seite marginal blieb, stellte der informelle individuelle Warenverkehr über die Sektorengrenzen hinweg insgesamt einen – bislang unterschätzten – sozioökonomisch erstrangigen Faktor dar, mit dem sich im Alltag Systemkonkurrenz anschaulich vollzog.¹³ Zu ihrer Unmittelbarkeit gehörte das Ambiente des Kaufens. Die Läden im Westen waren ungleich moderner und gepflegter als die im Ostteil der Stadt, die Bedienung und der Umgangston häufig freundlicher, die Warensortimente reichhaltiger und bunter. Eine lebhaft Auseinandersetzung erlebten die Berliner im Wettbewerb um Architektur und Wohnen. Die städtebaulichen Bedingungen, Ansprüche und Konzepte entwickelten sich höchst unterschiedlich. Auch das konkrete Planen und Bauen verlief nach anfänglichen Gemeinsamkeiten unter gegensätzlichen Vorzeichen. „Schaufenster“-Ideologien in Stein und Glas entstanden. Der Ostsektor ergriff mit der Errichtung der Stalinallee die Initiative, dem der Westen das Hansaviertel entgegensetzte und damit einen Wettstreit auslöste, den letztendlich – vor allem im Wohnungsbau – Finanzen und Ressourcen entschieden.

9.

Im gesellschaftlichen Alltag zeigte sich die Kultur des gespaltenen Berlins zwar nicht resistent gegen die Systemkonfrontation, setzte ihr aber vergleichsweise starke Widerstände entgegen. Sie spiegelten sowohl die traditionelle Rolle von Kultur und Kunst als Instanzen zivilisatorischer Gestaltung und ihre gesellschaftlichen Autonomieansprüche als auch kollektive und individuelle Selbstwertgefühle sowie ein unterschiedlich intensives soziokulturelles Sendungsbewusstsein.

Noch 1948, mit dem Einsetzen der Kulturkonkurrenz, hielten die politischen und kulturellen Eliten beiderseits an ihrem Ziel fest, Gesamtberlin wieder als geistig-kulturelles Zentrum Deutschlands mit der alten internationalen Geltung zu bauen. Dieser Vorstellung entsprach ein entwickeltes gesamtdeutsches und Gesamtberliner Bewusstsein der meisten regionalen und nationalen Kulturschaffenden, Künstler und Intellektuellen: Sie sahen den immerwährenden Identitätsstifter Kultur als unteilbar an und in ihr ein universales Mittel für das Fortbestehen von Gemeinsamen sowie die haltbarste Klammer zwischen Ost und West. Diese Haltung spielte in den Auseinandersetzungen von Berliner Persönlichkeiten mit ihren „separatistischen“ Obrigkeiten eine Rolle, die auch kulturpolitisch auf Teilungs- und Konfrontationskurs gingen.¹⁴ Für sie

13 Vgl. ebenda, S. 346-388.

14 Vgl. Michael Lemke: Der „Sängerkrieg“ in Berlin, in: ders. (Hg), Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin- Brandenburg im Kalten Krieg, Köln Weimar Wien 2006, S. 269-295.

rangierten nun die Gebote des Kalten Krieges vor denen der kulturellen Einheit. Senat und Magistrat sowie die mit ihnen verbundenen Kräfte fühlten sich als „Leuchttürme“ mit der missionarischen Aufgabe, kulturell ins „Feindgebiet“ hineinzustrahlen, Botschaften zu vermitteln und die Berliner auf der jeweils anderen Seite für die „wahre“ Kultur zu gewinnen.

Bis zur Mitte der 50er Jahre erarbeiteten sich SED und Ostmagistrat in der kulturpolitischen Konkurrenz einen gewissen Vorsprung. Viele beschäftigungslose West-Berliner Künstler erhielten Jobs in Ost-Berlin, traten dort, gut dotiert, auf, bekamen interessante Theater- und Filmrollen oder sangen in den renommierten Opernhäusern der Oststadt. Auch war die Platzkapazität ihrer Bühnen in der Regel gut ausgelastet. Die Entrees waren subventioniert, und da man gutes Theater bot, kamen ebenfalls viele West-Berliner – zu manchen Aufführungen scharenweise. Dahinter stand auch die großzügige Finanzierung von Kultur und Kunst in Ost-Berlin, während der Senat auf Grund seiner prekären Finanzlage relativ weniger für sie ausgab und auch die bundesdeutschen Zuschüsse, gemessen am Bedarf, zunächst eher spärlich flossen. So war es auch eine Form ideologischen Konkurrenzneides, wenn die Kulturpolitiker im Senat westsektoralen Künstlern im öffentlichen Dienst Engagements und Auftritte in Ost-Berlin untersagte und diesbezüglich Verbote, in Absprache mit den zuständigen Kultusministern, auf die Bundesrepublik auszudehnen gedachte. Das Senatsargument, ein derartiges als egoistisch unterstelltes Verhalten der betreffenden Künstler würde den kulturellen Glanz des Regimes in Ost-Berlin vergrößern und die SED aufwerten, schien zwar nicht falsch, vertiefte aber in der Konsequenz die Spaltung der Berliner Kulturlandschaft und ließ den Verdacht aufkommen, die Senatspolitik wolle den Ostsektor „abschreiben“ und der Ost-Berliner Konkurrenz mit administrativen, nicht künstlerischen Mitteln und demokratischer Überzeugungskraft Herr werden. So argumentierten denn auch westdeutsche Politiker und wiesen damit die Aspiration der westsektoralen Kulturverwaltung höflich, aber eindeutig zurück. Doch versuchten der West-Berliner Volksbildungssenator und seine dogmatisch argumentierenden Mitarbeiter ihren politischen Kurs teils juristisch und administrativ, teils aber auch repressiv oder mit Drohgebärden durchzusetzen. Demgegenüber bestimmte die SED, wer in West-Berlin für Gesamtberliner Kultur-Gespräche in Frage käme und zu den von ihr kontrollierten Foren und Diskussionen nach Ost-Berlin eingeladen würde.¹⁵ Wenngleich der Kalte Krieg auch die Bühnen eroberte, was an den Programmen ablesbar war, boten doch beide Berliner Seiten insgesamt bestes Sprech- und Musik-Theater. Eindeutig führte die Konkurrenz zwischen ihnen zu qualitativen Verbesserungen und zur Verbreiterung des Angebots, die man in gewisser Weise auch arbeitsteilig erreichte. Im Osten dominierten beispielsweise ausgezeichnete Klassikeraufführungen und West-Berlin bot viel Zeitgenössisches, das als „westlich-dekadent“ in Ost-Berlin nicht auf die Spielpläne gelangte. Der vom Senat 1957 durchgesetzte, von der Bundesrepublik subventionierte Gesamtberliner Kulturplan verlieh mit seiner Grundidee, Ost-Berliner zu den gleichen Bedingungen wie die West-Berliner am Kulturleben teilhaben zu lassen, der Konkurrenz einen gewaltigen Schub. Materiell bedeutete der Plan den Umschlag von einer Unter- zu einer im Wesentlichen ausreichenden Kultur-Finanzierung West-

15 Vgl. Lemke, Vor dem Mauerbau, S.447-458.

Berlins, die kontinuierlich anstieg und einen immensen Zustrom von Ost-Berlinern zur Folge hatte, der insbesondere auf die West-Berliner Kinos zukam.

Zeitweise schien es, als fände eine „Verlagerung“ des Ostkinos in den anderen Teil der Stadt statt, was ungewollt zum Ruin der privaten Lichtspielhäuser Ost-Berlins beitrug.

Im Wettbewerb der „leichten Musen“, mit Ausnahme des Varietés „Friedrichstadtpalast“, bei Unterhaltung und Amüsement, besaß das eher „graue“ Ost-Berlin ebenfalls die schlechteren Karten. West-Berlin war ungleich bunter, bot eine Fülle von Tanz- und anderen Unterhaltungsmöglichkeiten, verfügte über ein attraktives Restaurant- und Kneipenangebot und verführte mit seinem Nachtleben auch Abenteuer und Abwechslung suchende Ost-Berliner. Tagsüber sowie an Wochenenden flanierten sie gern über den Ku’damm und andere West-Berliner Straßen und ließen sich trotz der Horrorbilder, die sich die realsozialistische Konkurrenz vom „Sumpf“ West-Berlin machte und über ihre Medien verbreitete, davon nicht abhalten. Auch zog es die Ost-Berliner zu Tausenden in die diversen westsektoralen Messen und Ausstellungen, deren Veranstalter die steigende Zahl der Ostbesuche, beispielsweise der „Grünen Woche“, propagandistisch zu nutzen wussten.

Allerdings entwickelte der Ostsektor im Alltag auch einige „Knüller“ wie den populären, professionell geführten Tierpark in Friedrichsfelde sowie seinen gerade West-Berliner anziehenden zentralen Weihnachtsmarkt. Während viele Berliner an den Wochenenden wechselseitig die beliebten Ausflugsziele im „Grünen“ der Stadt ansteuerten und sie für Familientreffs nutzten, gestalteten sich Nähe und Distanz im Sport komplizierter. Trotz der Zerschlagung der traditionellen Vereinsstrukturen und dem Aufbau von Betriebs- und anderen Sportvereinen im Ostsektor nach den Bedürfnissen des zentral geleiteten realsozialistischen Sportwesens blieb eine nicht geringe Anzahl von West- und Ost-Berlinern in Clubs und Verbindungen der jeweiligen Gegenseite organisiert. Dass die im Ganzen vorsichtige sportpolitische Abgrenzung vergleichsweise langsam vorankam, zeigte sich bis zum Mauerbau an den Gesamtberliner Besuchern populärer Wettkämpfe, hinter denen oft „Fangemeinschaften“ standen, die sich in ihren grenzübergreifenden „Kiezen“ traditionell für die einen oder anderen Athleten begeisterten. Ein besonderes Kapitel der regionalen Systemkonkurrenz schrieben die politisch einander entgegengesetzten Berliner Rundfunksender.¹⁶ Beiderseits liefen ihre Konzepte auf die Stabilisierung der jeweiligen politisch-sozialen Ordnungen hinaus, auf das generelle Lob der eigenen und den Tadel der anderen. Allerdings nahm die Kritik an den eigenen Verhältnissen bei den demokratisch organisierten Westsendern im Einzelnen breiten Raum ein, während sie sich in Ost-Berlin prinzipiell verbot oder sich auf Marginalien beschränkte. Alle Versuche der SED, das Hören von Westsendern zu unterbinden, verliefen praktisch „im Sande“. Zwar lieferten sich die feindlichen Sender im Äther wahre Propagandaschlachten, doch bei Musik und Unterhaltung wie auch im

16 Vgl. z. B. Petra Galle: RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945-1948. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm, Personal und Organisation vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges, Münster u.a. 2004.

interessanten Hörspiel- und Reportagebereich entwickelten sie ausgezeichnete, miteinander wetteifernde Programme, die von den Berlinern beiderseits der Sektorengrenzen gehört wurden.

10.

Im Kontext der Auseinandersetzung um die Berliner Einheitsschule und des noch gemeinsamen Schulgesetzes von 1948 leiteten SED und Ostmagistrat nach der Teilung der Stadt eine Offensive gegen alle die Einheitsschule und ihre kommunistische Interpretation in Frage stellenden Berliner Kräfte ein. Schulpolitische Wechselwirkungen forcierten eine höchst problematische und ideologisch geführte Auseinandersetzung, die bald auf den Kampf um Schüler aus dem Ostsektor hinauslief. Die Effektivität der Schulkonkurrenz maß sich zum einen an der Quantität der Schüler, die das West-Berliner dem ostsektoralen Bildungswesen entzog und qualitativ am Besuch West-Berliner Gymnasien bzw. ihrer 13. Klassen durch zuvorderst Ost-Berliner Oberschüler. Die Abwanderung dieser Schülerelite hatte vor allem politische, aber ebenfalls mit dem Niveau des Unterrichts begründete Motive.¹⁷ Das betraf auch das Studium von DDR- und Ost-Berliner Studenten an den Hochschulen der Weststadt, die dort bis zu einem Drittel aller Immatrikulierten ausmachten und hohe Kosten verursachten. Das führte in West-Berlin zu Überlegungen, deren Anzahl zu begrenzen. Eine derartige Forderung erhoben auch die Interessenvertretungen der West-Berliner Schüler und Studenten, die in den Sonderregelungen sowie den steigenden Beihilfen für Schüler und Studierende aus dem Osten eine Konkurrenz für ihr späteres Berufsleben sahen. Aus erstrangig politischen Gründen behielt der Senat seine schul- und hochschulpolitische Wettbewerbspraxis auch dann bei, als die meisten jungen Ost-Berliner nach der Absolvierung von Gymnasium und Hochschule nicht, wie es ursprünglich Bedingung war, in den Osten zurückkehrten. Zu diesem Verhalten trug dann die allmählich prosperierende West-Berliner Wirtschaft mit ihrem steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachleuten bei. Demgegenüber betrachteten die SED und die Ost-Berliner Bildungspolitik diese Elitenabwanderung als gravierendes Image-, aber zunächst noch nicht als Wirtschaftsproblem. Im Gegenteil verschärfte diese Fluktuation in den ersten Jahren nach der Spaltung der Stadt die von ihnen gewünschten sozioökonomischen Probleme West-Berlins, und sie besaß eine Ventilfunktion, weil jugendliche Unzufriedene das politisch instabile Ost-Berlin verließen. Der dann steigende Bedarf an qualifizierten Berufen und akademischer Qualifikation ließ die SED im Kampf um Schüler und Studenten juristische und politische Mittel finden, die sich jedoch als ineffektiv erwiesen. Dennoch gingen von der spezifischen Konkurrenz, die im Hochschulbereich Humboldt- und Freie Universität symbolisierten, für beide Seiten Optimierungsimpulse aus. Auch versuchte die Ost-Berliner Führung nicht ohne Erfolg, schulpolitische Nachteile beispielsweise durch attraktive Ferienangebote auch für West-Berliner Kinder und Jugendliche zu kompensieren und damit ihre Gesamtberliner Fürsorgepflicht zu demonstrieren

17 Vgl. Veronika Wablitz: Mit dem Ranzen über die Sektorengrenze. Schulpolitik als Teil der innerberlinischen Systemkonkurrenz zwischen 1948 und dem Mauerbau, in: Roland Exner (Hg): Immer auf der Hut, Ost-Schüler in Westberlin - Als die Mauer dazwischen kam, Berlin 2011, S.199-211.

11.

Wie Ost-Berlin führte auch sein West-Berliner Pendant die Systemauseinandersetzung aktiv und trug unbenommen seiner Einheitsziele durch konfrontative Abgrenzungspolitik ebenfalls zur Zementierung der Berliner Spaltung bei. Wenngleich die regionale Systemkonkurrenz im Untersuchungszeitraum auf bestimmten Feldern von Gesellschaft und Politik ambivalent verlief und einmal die eine und ein anderes mal die andere Seite im Vorteil schien, entschied sie jedoch insgesamt West-Berlin für sich. Doch bleibt die Aussage gültig, dass der Wettbewerb nach der politischen Teilung 1948 in Vielem noch offen war und keiner allgemeinen Prädestination folgte. Dann allerdings bewies das in der Nachkriegswelt einmalige „Experiment“ Berlin, in gewisser Weise eine verkleinerte Kopie des globalen Ost-West-Konfliktes, die Überlegenheit der westlich-demokratischen über die östlich-diktatorische Ordnung. West-Berlin verfügte letztendlich über die größere politische Glaubwürdigkeit, überzeugte als gesellschaftliches Zukunftsmodell und erarbeitete sich einen „volkstümlichen“, in der Systemkonkurrenz bedeutungsvollen Wahrheitsbonus. Parallel dazu gewann der für die SED herrschaftssichernde Antikapitalismus wenig Einfluss auf die Gesellschaften der geteilten Stadt. Wichtig scheint, dass insbesondere problematische Entwicklungen in Ost-Berlin, aber auch soziale und politische Fragen des Westteils, die als Sache der einen oder anderen Seite galten, in Wirklichkeit viel stärker eine Gesamtberliner Dimension besaßen als bislang angenommen. Von komplizierter Struktur und zumeist eine disproportionale Mischung von scharfer Konfrontation und moderaterem Wettbewerb, in dem einmal das eine, ein anderes Mal das andere Element hervortrat, trug die Systemkonkurrenz sowohl zur politischen Abgrenzung als auch zur Verflechtung beider Berliner Teile bei. In ihrer konfrontativen Eigenart trieb sie die politische Spaltung der Stadt voran, trug aber als „ziviler“ Wettbewerb trotz härtester politischer Rivalität und verordneter Abgrenzung in Alltag und Kultur zum Erhalt von regionalen Verflechtungen sowie zur gesellschaftlichen Wahrnehmung Berlins als einheitlicher Lebensraum bei. Auch war der interaktive regionale Systemwettbewerb mit seinen „Schaufenstern“ auf beiden Seiten eine Quelle der Produktivität. Zu Recht galt der volkstümliche Satz: Konkurrenz belebt das Geschäft.

Verflechtung und Abgrenzung als die wichtigsten „dialektischen“ Phänomene der Berliner Entwicklung bis zum Mauerbau verliefen im Untersuchungszeitraum unter Wechsel einiger ihrer Merkmale und Schwerpunkte. Bis zum Volksaufstand im Juni 1953 zeigten sich beide Teile Berlins noch deutlich als eine interaktive sozioökonomische Erfahrungsgemeinschaft, die u.a. der individuelle Warenverkehr, ein noch ähnliches Konsum- und Kaufverhalten sowie alltagskulturelle Hauptstadttraditionen verbanden. Im Umfeld des 17. Juni und folgender Krisen verstärkten sich die politischen Momente dieser nun vorrangig gefühlten Solidargemeinschaft. Ab etwa Mitte der 50er Jahre, deutlicher mit dem Gesamtberliner Senats-Plan 1957, erweiterte sich der individuell-private Austausch, erhielten aber auch kulturelle und gesellschaftliche Wechselbeziehungen quantitativ sowie qualitativ eine neue Dimension und differenzierte sich das Interesse an ihnen weiter aus. Politische Konflikte wurden auch subjektiv dadurch relativiert, dass viele Berliner und andere Zeitgenossen die von den Wechsellagen des Kalten Krieges bestimmte politische In-

Stabilität als Normalität wahrnahmen. Diese Beobachtung erhält auch dadurch Substanz, dass die kulturell und alltagspolitisch determinierten Verflechtungsgesellschaften gegenüber verschiedenen konfrontativen Zuspitzungen eine erstaunliche Resistenz, beachtliche Stabilität und Flexibilität entwickelten. So zeigten sie sich in der Lage, die Folgen beider Berlinkrisen wirksam zu begrenzen bzw. überwinden zu helfen. Insgesamt bestätigt sich die These, dass sich bis 1961 aufgrund der historisch gewachsenen Verflechtungen in Berlin sowie besonderer Beziehungen und Interaktionen in Kultur und Alltag Merkmale für eine systemübergreifende „gemischte“ Gesellschaft herausbildeten, die auf der Grundlage relativer Offenheit bzw. Systemdurchlässigkeit durch einen mehrdimensionalen Austausch innerhalb (und trotz) des Kalten Krieges zustande kamen. Diese Erkenntnis relativiert in keiner Weise, dass sich im Wechselspiel von Verflechtung und Abgrenzung auch ein Prozess vollzog, in dessen späteren Ergebnis einerseits Berlin als integrale Hauptstadt der DDR und andererseits West-Berlin als kulturelle Metropole stand, die sich nicht nur von ihrem östlichen Teil, sondern auch von allen Großstädten der Bundesrepublik unterschied. Doch zumindest bis zum Mauerbau hieß es in allen Sektoren ganz selbstverständlich: „Wir sind doch alle Berliner.“ So muss in dem Gewaltakt zur internationalen Stabilisierung des sowjetischen Machtbereichs sowie zur Verhinderung des wirtschaftlichen Ausblutens der DDR ein dritter – relativ eigenständiger – Beweggrund gesehen werden: die wachsende Intensität des alltäglichen „verflechtenden“ Austausches zwischen beiden Teilen der Stadt und die Anziehungskraft West-Berlins. Wie anders als durch eine radikale Lösung hätten SED und Sowjetunion den nachhaltigen Einfluss des erfolgreichen Konkurrenten, des Störfaktors West-Berlin, auf realsozialistischen Aufbau und Machterhalt noch unterbinden sollen? Auch wird klar, dass die Innerberliner Systemauseinandersetzung die Mauer in Nuce bereits 1948/49 entstehen ließ.